

ver.di

vau

**UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER**

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

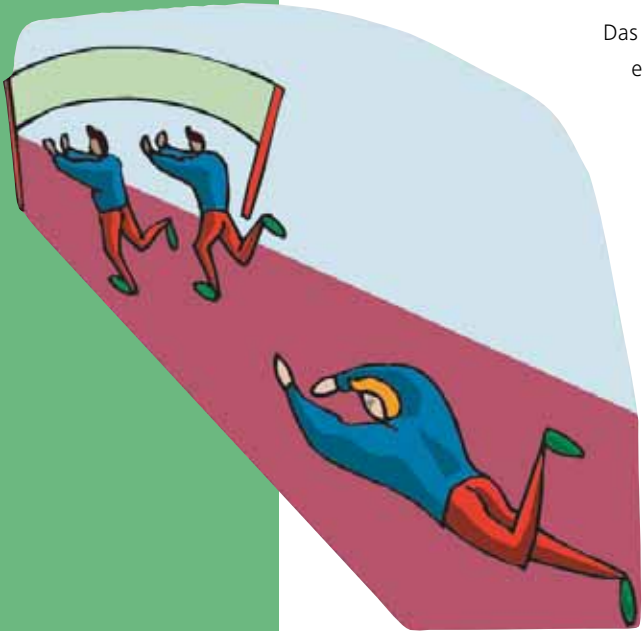


**WETTLAUF um
Personal-
abbau**

Seite 7

EOSS: Zurück in die Zukunft

Sparwettlauf: Das Personal bleibt auf der Strecke



Das Ergebnis der bundeseinheitlichen Personalbedarfsberechnung (PersBB) wird von vielen Länderfinanzministern nur noch als oberer Grenzwert angesehen. Sie unterbieten sich gegenseitig beim Abbau von Stellen und Personal und veranstalten seit Jahren einen Wettlauf, welches Bundesland mit dem geringsten Personal auskommt. Dabei darf natürlich Senator Sarrazin nicht fehlen. Dem Vernehmen nach peilt er sogar 85 Prozent an.

Die Führung in diesem Wettlauf hat derzeit Bremen übernommen mit gerade noch 77 % der bundeseinheitlich errechneten Personalausstattung in den Finanzämtern, gefolgt von Hessen mit 83 %.

Gleichmäßigkeit der Besteuerung, Steuergerechtigkeit, gesetzmäßiger Vollzug der Steuergesetze ... keinen der Verantwortlichen scheint's zu interessieren? Hauptsache, die heimischen Unternehmen werden nicht zu hart angefasst. Denn so glaubt man sich als Bundesland besonders attraktiv für die Ansiedlung von Unternehmen. Diese Politik wird unterstützt durch die perverse Logik des Länderfinanzausgleichs: Als Geberland will ich meine Unternehmen nicht hoch belasten, nur um die Mehreinnahmen an ein ärmeres Land abzugeben. Und als Nehmerland denke ich genauso: Denn um meine Mehreinnahmen wird die Zuwendung der reicheren Länder gekürzt. Diese Vorgehensweise mindert das gesamte Steueraufkommen und schadet damit allen Gebietskörperschaften.

Die wichtigste Forderung nach mehr Personal bleibt jedoch auch hier auf der Strecke. Sie wird nur von ver.di erhoben. Für alle anderen an der Misere Beteiligten ist sie tabu. Die herrschende Meinung in Politik und Wirtschaft lässt Überlegungen in diese Richtung erst gar nicht zu. Da nimmt sie lieber – und vielleicht auch gern – in Kauf, dass der gesetz- und gleichmäßige Vollzug der Steuergesetze auf der Strecke bleibt. Wem das am meisten nützt, ist klar.

Der Bundesrechnungshof hat zuletzt mit Gutachten vom 3.8.2006 festgestellt, dass die Finanzämter den

überwiegenden Teil der Steuererklärungen nicht mehr ordnungsgemäß prüfen. Ursachen dafür seien:

- Der Vorrang quantitativer Zielsetzung zu Lasten qualitativer Maßstäbe.
- Der unverhältnismäßig große Anteil veranlagungsbegleitender und -fremder Tätigkeit.
- Die zu hohe Fallzahl pro Bearbeiter/in.
- Die komplizierte und ständig veränderte Steuergesetzgebung.
- Eine Flut von Verwaltungsanweisungen und Gerichtsurteilen.
- Eine Flut von Massenrechtsbehelfen, die die Verfassungsmäßigkeit von einzelnen steuerlichen Vorschriften in Frage stellen.

Der Rechnungshof schlägt vor:

- Modernisierung des Besteuerungsverfahrens.
- Vereinfachung des Steuerrechts; Einführung eines bundesweiten elektronischen Steuerveranlagungssystems; verstärkter Einsatz des Personals für die Überprüfung risikobehafteter Fälle.
- Effektivere Gestaltung der Betriebsprüfung.
- Erhöhung der Prüfungsquote der Umsatzsteuer-Sonderprüfungen.
- Übertragung der Verwaltungskompetenz bei den Gemeinschaftssteuern auf den Bund.

Diese Analyse kann im Wesentlichen nur unterstrichen werden.

Die wichtigste Forderung nach mehr Personal bleibt jedoch auch hier auf der Strecke. Sie wird nur von ver.di erhoben. Für alle anderen an der Misere Beteiligten ist sie tabu. Die herrschende Meinung in Politik und Wirtschaft lässt Überlegungen in diese Richtung erst gar nicht zu. Da nimmt sie lieber – und vielleicht auch gern – in Kauf, dass der gesetz- und gleichmäßige Vollzug der Steuergesetze auf der Strecke bleibt. Wem das am meisten nützt, ist klar.

ver.di fordert: Schluss mit dem Stellenabbau in der Steuerverwaltung; Aufstockung des Personals durch Einstellung und Übernahme von Nachwuchskräften.

Die vau sowie weitere Informationen und Links können Sie bei www.vau-online.de einsehen.

Mangel an Gesetzesvollzug

Schlaglicht

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unter dem Schlagwort „Schlanker Staat“ läuft eine seit Jahren zunehmende Kampagne gegen den öffentlichen Dienst und letztlich gegen staatliche Aufgaben. Wirtschaftlichkeit, Kundentreue und die Überprüfung von Vorschriften auf ihre Notwendigkeit sind zweifellos sinnvolle Ziele. Bei der Kampagne geht es aber darum, den Staat zu schwächen und immer mehr Aufgaben kapitalverwertbar zu machen. Geschäftliche Hindernisse sind z. B. Lebensmittelkontrolle, Sicherheitsvorschriften, Verkehrsregeln, Gesundheitsschutz und nicht zuletzt steuerliche Vorschriften. Wegen bewusst immer knapper angesetzter Finanzmittel und damit einer immer

knapperen Personalausstattung sind viele Gesetze nicht mehr durchzusetzen. Deutschland leidet unter einem Mangel an Gesetzesvollzug. Was nützen immer neue detaillierte Vorschriften, wenn sie mangels Personal nicht durchgesetzt werden können. Die Ministerialbürokratie tut so, als hätte sie den Gesetzesvollzug im Griff. In Wirklichkeit – und besonders im Steuerrecht – sind jedoch die Ehrlichen die Dummen. Sie haben nämlich Wettbewerbsnachteile. Das hat auch der Bundesrechnungshof längst erkannt. Die Finanzminister bzw. Finanzsenatoren der Länder liefern sich trotzdem weiter einen Sparwettkampf. ver.di wird dem auf jeder Ebene entgegnet.

Ihr Klaus-Dieter Gössel



Klaus-Dieter Gössel

Vorsitzender der
Fachkommission

Steuerverwaltung

ver.di Berlin

Folgerungen für heute und morgen

Reichsfinanzverwaltung 1933 bis 1945

Vom 10. bis 14.9.07 findet im Haus der Wannseekonferenz wieder unser ver.di-Seminar zur Geschichte der Reichsfinanzverwaltung statt: Welche Rolle spielte die Reichsfinanzverwaltung in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft? Wie funktionierte die Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung durch Reichsfluchtsteuer, Judenvermögensabgabe und Vermögensentzug sowie die Verwertung des auf diesem Wege erbeuteten jüdischen Vermögens? Diese und andere Fragen behandeln wir in diesem Seminar. Wir befassen uns einerseits mit der Beamenschaft dieser Zeit insgesamt, andererseits aber auch mit einzelnen Tätern aus der Reichsfinanzverwaltung. Nicht zuletzt wird es um die Frage gehen, was Menschen dazu bringt, Anordnungen selbst dann zu

befolgen, wenn dadurch die Menschenwürde anderer mit Füßen getreten wird. Und wir diskutieren natürlich die Frage, welche Folgerungen wir aus den Taten der nationalsozialistischen Staatsdiener für Gegenwart und Zukunft ziehen können. Viele KollegInnen haben bereits in den vergangenen Jahren an diesem Seminar teilgenommen und ihre Resonanz war bisher immer positiv. Anmeldeformulare sind bei den ver.di-Vertrauensleuten oder Klaus-Dieter Gössel, Tel. 10605, erhältlich. Für ver.di-Mitglieder ist das Seminar kostenlos, denn ver.di übernimmt für sie den Teilnahmebeitrag von 60€, in dem sogar Mittagessen und Kaffee/Tee enthalten sind. Für das Seminar wird i. d. R. Sonderurlaub gewährt. Wir würden uns über Ihr Interesse und Ihre Anmeldung freuen.



Portal der ehem. Reichsfinanzschule und jetzigen Bayerischen Beamtenfachhochschule Fachbereich Finanzwesen Herrsching.



-Jugend mischt mit



Die Jahre 2006 und 2007 standen bei ver.di ganz im Zeichen von Konferenzen und Neuwahlen. Bereits Anfang 2006 haben die ver.di-Mitglieder ihre Vertrauensleute und Delegierten in den einzelnen Dienststellen gewählt. Danach folgten die Wahlen der Vorstände der Fachbereiche, der Gruppen (Frauen, Jugend, Beamtinnen + Beamte und Senioren) und in den Ebenen (Bezirke und Landesbezirke). Am Ende des Wahlmarathons wird dann im Herbst der ver.di-Bundesvorstand neu gewählt.

Bei ver.di hat die Jugendarbeit einen hohen Stellenwert. So fanden in den letzten sieben Monaten natürlich auch Jugendkonferenzen auf allen Ebenen statt.

Die ver.di-Jugend in Berlin hat sich inzwischen auch bundesweit einen Namen gemacht und zählt eindeutig zu den besonders Aktiven. Nicht zuletzt dieser Ruf war und ist für mich mit der Grund, die Belange der jungen Kolleginnen und Kollegen aus den Finanzämtern in den verschiedenen Gremien darzustellen und ihre Interessen ganz direkt und unmittelbar dort einzubringen. Ich möchte Euch hier einen kurzen Überblick über die Ergebnisse dieser Jugendkonferenzen geben.

Den Auftakt bildete unsere interne Fachbereichsjugendkonferenz im Spätsommer 2006. Eine wesentliche Entscheidung war dort, dass künftig die Jugend der Fachbereiche 6 (Bund und Länder) und 7 (Gemeinden) enger zusammenarbeiten wird. Ich finde, das ist eine gute Entscheidung, schließlich sind die Probleme im öffentlichen Dienst sehr ähnlich, egal ob der Dienstherr Bezirksbürgermeister oder Senator heißt. Als Vorsitzende der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung in Berlin bekomme ich das täglich vor Augen geführt.

Es folgten die Konferenzen der Bezirks- und der Landesbezirksjugend. Auch hier wurden die neuen Vorstände gewählt, und es wurden Anträge beraten und beschlossen, die die künftige Ausrichtung der ver.di-Jugendarbeit festlegen. Dabei sind nicht alle Anträge unumstritten. So wurde die Abschaffung der Frauenquote in der ver.di-Jugend diskutiert. Das heißt natürlich nicht, dass die ver.di-Jugend meint, Frauen müssten nicht gefördert werden. Der Antrag entstand aus dem Umstand

heraus, dass wir in der Jugend keine Frauenquote brauchen, um engagierte Frauen zu fördern und dass wir der Meinung sind, dass Kolleginnen und Kollegen auf Grund ihrer Fähigkeiten und nicht nur auf Grund ihres Geschlechts für ein Amt gewählt werden sollten. Außerdem wurde beschlossen, dass unsere Jugendbildungsstätten in Berlin-Brandenburg weiterhin bestehen bleiben müssen. Gewerkschaftliche Bildung ist gerade im Jugendbereich unverzichtbar, um jungen Menschen die Chance zu geben, sich weiterzubilden und schulen zu lassen. So sind sie in der Lage, ihre Interessen selbstbewusst und kompetent zu vertreten.

Den Abschluss der Jugendkonferenzen bildete die Bundesjugendkonferenz vom 13. – 15. Mai 2007. Rund 200 Jugendliche aus ganz Deutschland kamen zusammen, um drei Tage kritisch über die künftige Ausrichtung der ver.di-Jugendarbeit zu diskutieren, zu debattieren und dann gemeinsam Aufgaben und Ziele festzulegen. Insgesamt 320 Anträge wurden dazu beraten und dann beschlossen – oder auch nicht. Die „Berliner Delegation“ gehörte hier auf jeden Fall zu denen, die sich gut vorbereitet hatten und sich so engagiert in die Diskussionen einbringen und ihre Standpunkte klar vertreten konnten.

Thematisch gab es Anträge zu jedem erdenklichen Thema, z. B. Bildung, Tarifpolitik, ver.di-Programmatik, Sozial- und Gesellschaftspolitik.

Außerdem wählten wir auf der Konferenz den neuen Bundesjugendvorstand und dessen Geschäftsführung. Es ist uns als ver.di-Jugendgruppe der Berliner Steuerverwaltung gelungen, künftig in allen Vorständen der ver.di-Jugend vertreten zu sein. Die Mandate im Bezirks-, im Landesbezirks- und im Bundesjugendvorstand werden zusätzlich durch mich wahrgenommen.

Das soll an dieser Stelle genug über unsere Konferenzen sein. Wer Interesse an weiteren Informationen hat, ist herzlich auf unsere Jugendseite www.verdi-jugend.de eingeladen, hier finden sich noch einmal ausführlich alle Informationen. Ansonsten stehe ich auch gerne für persönliche Gespräche oder Nachfragen zur Verfügung.

Eure Francisca Bier



Francisca Bier

FINANZAMT SPANDAU

Saubere Sache

Seit dem 1. September 2006 macht der Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung (LfG) Putz im Finanzamt Spandau. Nachdem ein Reinigungsvertrag mit einer privaten Reinigungsfirma vor allem wegen mangelhafter Leistungen nicht verlängert wurde, sorgen nun acht ehemalige Kita-Reinigerinnen vorwiegend in der Zeit von 6 bis 10 Uhr in einem „Pilotversuch“ für saubere Büros. Die alte Firma hatte sich häufig auf das Leeren von Papierkörben beschränkt. „Unter den Schränken hätte man gut Radieschen säen können. Das kommt eben davon, wenn ein Auftrag an den günstigsten Bewerber vergeben wird, egal ob die erforderlichen Standards in Qualität der Reinigung und tarifgerechter Bezahlung der Reinigungskräfte eingehalten werden“, so eine Beschäftigte aus dem Finanzamt Spandau.

Die jetzt eingesetzten Tarifbeschäftigten aus dem Personalüberhang hatten reichlich zu tun, um das Finanzamt erst einmal auf einen erträglichen Stand zu bringen. Völlig unerwartet für die Amtsangehörigen werden Büros, Flure, Treppenhäuser und Toiletten nun regelmäßig und gründlich gereinigt, und Beschwerden – wenn es überhaupt welche gibt – wird sofort nachgegangen. Die Kolleginnen und Kollegen sind jedenfalls zufrieden, und – wie zu erfahren ist – auch die Reinigungskräfte

fühlen sich wohl im neuen Aufgabengebiet. Allein der Zeitpunkt der Reinigung bedurfte einer Umgewöhnung, denn die meisten Büros sind im Hochbetrieb, wenn die Reinigungskräfte gerade wischen oder saugen wollen. Aber auch hier können Lösungen im direkten Gespräch gefunden werden.

Was im Finanzamt Spandau erprobt wurde, hat sich bewährt und sollte schnellstmöglich auf alle Finanzämter ausgedehnt werden.



FINANZAMT HELLERSDORF/MARZAHN

Keine Gewalt

Wie verhalte ich mich im Umgang mit aggressiven und gewaltbereiten Steuerpflichtigen? Im Rahmen des Anti-Gewalt-Projekts der Berliner Polizei (Landeskriminalamt – LKA PräV 4) wurden in einer Informationsveranstaltung im FA Hellersdorf/Marzahn Strategien zum deeskalierenden und gewaltfreien Verhalten in Konflikt- und Bedrohungssituationen in Ämtern und Behörden vermittelt. Mit den Teilnehmenden gemeinsam wurden Handlungsleitlinien erarbeitet, damit sie für den Ernstfall gewappnet sind und das subjektive Sicherheitsgefühl verbessert wird. Hierbei wurden polizeiliche Erfahrungen und psychologische bzw. kommunikationswissenschaftliche Erkenntnisse verwendet. Die wichtigsten Verhaltensempfehlungen sind in einem Flyer „Sicher am Arbeitsplatz“ zusammengefasst. ver.di befürwortet solche Initiativen und würde es begrüßen, wenn in allen Berliner Finanzämtern derartige Veranstaltungen durchgeführt werden.

Die GEK macht alle fit

Im Mai startete die Roadshow der bundesweiten Initiative der Gmünder ErsatzKasse GEK und sechs Landessportbünden, die in 28 Städten Besucher zu gesunder Ernährung und mehr Bewegung im Alltag motivieren soll. Vom 12. bis zum 15. Juli 2007 wird die mach2-Roadshow im Neuen Kranzler Eck jeweils von 9 bis um 20 Uhr zu sehen sein.



"Sport macht Spaß!" Das wissen die Mitglieder der zahlreichen Sportvereine in der Region um Berlin, die etwas für ihre körperliche Fitness tun. Deshalb hat die GEK in den Sportvereinen ideale Partner für ihre bundesweite Initiative mach2 gefunden. An "mach2. Besser essen. Mehr bewegen" beteiligen sich sechs Landessportbünde und ihre Vereine. Die bundesweite Roadshow, lokale Veranstaltungen in vielen Regionen Deutschlands und schließlich die aktive Prävention der Einzelnen im Verein und zu Hause - das sind die Wege, die GEK und die Sportvereine dabei gemeinsam gehen.

Mach2 will für Vitalität in jedem Haushalt sorgen - mit mehrwöchigen Kursen zu Ernährung und Bewegung, zu denen lokale Sportvereine einladen. Gesundheit ist kein Einzelinteresse. Daher richten sich die Kurse an alle Personen, die der Prävention in ihrem Alltag einen festen Platz einräumen wollen. "Das große Projekt der GEK soll alle Beteiligten fit machen", sagt GEK Vorstandsvorsitzender Dieter Hebel. Per Mausclick gibt es Infos unter www.mach2.de.

GEK Spandau
Nonnendammallee 42-43
13599 Berlin
Tel.: 030 - 35 49 28 10
Fax: 030 - 35 49 28 13



Wir wollen mehr

Mitbestimmung in Berlin seit 50 Jahren



Aus Anlass des vor 50 Jahren verabschiedeten Personalvertretungsgesetzes (PersVG) Berlin lud der Hauptpersonalrat die Berliner Personalräte am 21. März 2007 zu einer Fachtagung und anschließender Festveranstaltung ins Rathaus Schöneberg.

Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit wies in seiner Rede darauf hin, dass 50 Jahre PersVG Berlin ein Stück praktizierte Demokratie in der Berliner Verwaltung bedeute. Er sei der Meinung, dass Mitbestimmung kein Mittel der Verhinderung sei, sondern dem Personalrat die Möglichkeit einräume, auf Vorhaben der Verwaltung im Interesse der Beschäftigten Einfluss zu nehmen. Andererseits machte Innensenator Körting kein Hehl aus der Absicht des Berliner Senats, die Beteiligungsvorschriften in einzelnen Punkten zu Ungunsten der Personalräte einzuschränken.

Hinter der Neufassung des PersVG vom 26. Juli 1974 stand noch das Leitmotiv des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt „mehr Demokratie wagen“. Kernstück der Erweiterung der Beteiligungsrechte war das klare Bekenntnis zur Mitbestimmung.

Ein Redner aus Nordrhein-Westfalen wies darauf hin, dass die dortige Landesregierung derzeit weit über die in Berlin beabsichtigten Änderungen hinausgehen wolle und beabsichtige, sämtliche Mitbestimmungsrechte in Mitwirkungsrechte zu ändern. Dies käme dann einem bloßen Anhörungsrecht des Personalrats gleich; von einer echten Einflussnahme kann unter solchen Umständen keine Rede mehr sein. Davon distanzierte sich selbst Innensenator Körting. Nach seiner Meinung habe sich das Mitbestimmungsrecht in der betrieblichen Praxis als Instrumentarium eines vernünftigen Interessenausgleichs bewährt. Deshalb sehe er in Berlin lediglich relativ geringen Änderungsbedarf.

Der Vorsitzende des Hauptpersonalrates Uwe Januszewski erklärte: „In der Zukunft darf es nicht um die Schwächung oder den Abbau von Beteiligungsrechten der Beschäftigten gehen, sondern um eine Stärkung und den Ausbau der innerbetrieblichen Demokratie“.

Interview mit Klaus Wilzer, GPR-Vorsitzender

vau: Wie sind Deine Erfahrungen als GPR-Vorsitzender der Berliner Steuerverwaltung hinsichtlich der Anwendung des PersVG Berlin?

Klaus Wilzer: In der Vergangenheit meistens gut. Die Verwaltung hat erkannt, dass es auch für sie von Vorteil ist, wenn sie den Personalrat eng in ihre Entscheidungen einbezieht. Ein solches Vorgehen trägt schließlich auch zu einer breiteren Akzeptanz bei. Sorge bereitet mir allerdings die jüngste Entwicklung im IT-Bereich.

Warum?

Jahrelang bestand zwischen SenFin und dem GPR Einvernehmen, dass alle IT-Maßnahmen der Mitbestimmung des Gesamtpersonalrates unterliegen. Seit etwa einem Jahr wird uns plötzlich nur noch das schwächere Mitwirkungsrecht eingeräumt. Die Verwaltung offenbart damit ein gestörtes Verhältnis zur Mitbestimmung. Das ist für den GPR nicht hinnehmbar. Wir haben deshalb zur Wahrung unserer Rechte mehrere Klagen beim Verwaltungsgericht eingereicht. Dabei geht es uns nicht etwa darum, die einzelnen Maßnahmen zu verhindern, sondern klar zu machen, dass es ohne Mitbestimmung nicht geht.

Haben solche Klagen Sinn? Wie ist die Erfolgsaussicht?

Das erste Verfahren haben wir bereits gewonnen. Das Verwaltungsgericht hat am 4. April 2007 entschieden, dass bei der Einführung des Risikomanagements im letzten Jahr die Senatsverwaltung das Mitbestimmungsrecht des Gesamtpersonalrats verletzt hat. Im zweiten Verfahren geht es um das Schulungskonzept zur EOSS-Einführung. Hier fordern wir angemessenen personellen Ersatz für den zeitweisen Ausfall der 220 Multis. Deshalb lehnen wir auch die von SenFin geplante drastische Kürzung des Einstellungskorridors für 2007 zur Übernahme von Anwärtern entschieden ab. Es kann nicht sein, dass die Multis 8560 Tage an ihrem eigentlichen Arbeitsplatz nicht zur Verfügung stehen und die Senatsverwaltung einfach zur Tagesordnung übergeht. Damit ignoriert sie, dass die Arbeit von den übrigen Kolleginnen und Kollegen zusätzlich übernommen werden muss.

Klaus Wilzer
GPR-Vorsitzender

Wartefrist nach Beförderung verfassungswidrig

Das Bundesverfassungsgericht hat am 20.3.2007 die Regelung für verfassungswidrig erklärt, nach der ein Beamter, der nach einer Beförderung in den Ruhestand tritt, die höheren Beträge mind. 3 Jahre erhalten muss, damit sie als Grundlage für seine Pension gelten können. Mit dem Versorgungsreformgesetz 1998 wurde der Zeitraum von 2 auf 3 Jahre verlängert (AZ: 2 BvI 11/04).

Zurück in die Zukunft!

EOSS: Viele Wünsche bleiben offen

Unaufhaltsam steuern die Finanzämter auf den Tag X zu. Im Fachinfo erscheint plötzlich ein neues Glücksbärchen, und wer es anklickt, findet sich auf der kunterbunten EOSS-Werbeseite wieder. Und als erstes fällt der Blick der staunenden BetrachterInnen hier auf den unaufhaltsamen Countdown. Was bei der Fußball-WM geklappt hat, muss doch auch bei EOSS gelingen. Einfach an den Erfolg glauben und mit Klinsi-Grinsen und Volldampf voran in ein neues Zeitalter. Das ist jedenfalls die offizielle Botschaft: Eine neue Zeitalter steht bevor und alles wird besser!

Aber wie wird sie wirklich aussehen, diese neue Zeit, die da am Horizont aufzieht und sich gleich einem Gewitter pünktlich am 1. Januar 2008 um 0:00 Uhr entladen soll? Ist wirklich alles Gold, was glanzvoll dargestellt wird?

Unabhängig davon, dass niemand zur Zeit genau sagen kann, was am 1. Januar 2008 wirklich laufen wird und ob der Übergang störungsfrei erfolgen kann, sei hier erst einmal festgehalten: Nicht alles ist schlecht, was EOSS bringt. Die IT-Landschaft in den Finanzämtern kann nach langen Zeiten der Entwicklungs-Dürre gut etwas belebenden Niederschlag gebrauchen. Aber auf einige Blitzeinschläge müssen wir bei und nach der Umstellung gefasst sein.

Nun aber erst einmal der Blick nach vorn: Eine schnelle Prüfberechnung wird uns von EOSS versprochen, also endlich soll das kommen, was ver.di seit Jahren gefordert hat (siehe vau-Ausgabe September 2005). Und alle Programme sind mit der einmaligen Eingabe der Steuernummer nutzbar, und die stetige Frage, ob die Steuernummer nun mit vorangestellter 11, mit FA-Nummer oder vielleicht ohne Querstrich einzugeben ist, wird Vergangenheit sein (siehe vau-Ausgabe Juli 2006). Die letzten zwanzig Arbeitsfälle sind ganz einfach wieder aufzurufen, bestimmt eine Erleichterung, wenn mal was vergessen wurde oder nachgesehen werden soll. Bei Schreiben werden die Grinfodaten sofort in den Briefkopf übernommen und unzählige alte und neue am PC auszufüllende Vordrucke sollen zur Verfügung stehen. Allerdings liegt hier auch schon ein kleiner Haken. Angeblich hält EOSS

insgesamt rd. 3 500 Vorlagen bereit, die alle gesichtet werden müssen und ggf. anzupassen sind.

Eine unvorstellbare Arbeitsmenge bis zum Jahreswechsel. Da heißt es schon: „Prüfen wir erst einmal die wichtigsten, der Rest kann ja noch im nächsten Jahr folgen.“ Das zeigt, dass der selbstverordnete Zeitplan vielleicht etwas zu optimistisch gewählt wurde.

In EOSS ist der allgemeine Speicherplatz für eigene Dateien auf 10 MB je NutzerIn begrenzt. Das ist entschieden zu wenig. Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich im Laufe der Jahre eine Mustersammlung aufgebaut und wichtige Informationen elektronisch abgelegt, die für ihre tägliche Arbeit wichtig sind. Darauf künftig verzichten zu müssen und nur noch begrenzte Speichermöglichkeiten zu haben, ist ein Schritt zurück und nicht nach vorn, wie das eine IT-Entwicklung aber sein sollte. Hier gibt es dringenden Nachbesserungsbedarf. Ebenso beim angekündigten E-Mail-Verfahren, dass hinter dem aktuell genutzten weit zurück bleibt. So können künftig nicht mehr alle gängigen Dateiformate an E-Mails angehängt und verschickt werden, sondern nur die in EOSS zur Verfügung gestellten Vordrucke und sogenannten Pdf-Dateien. Andere Dateien wie beispielsweise Präsentationen oder Grafiken wird das neue System nicht mehr zulassen. Das schränkt den Handlungsspielraum und die Kreativität der Kolleginnen und Kollegen auf unerträgliche Weise ein. Dies dürfte das Akzeptanzmanagement der Senatsverwaltung kaum voranbringen! Auch hier muss nachgebessert werden, und wenn es nicht anders geht, muss der Starttermin eben verschoben werden. Lieber später starten und dann mit einem erprobten und funktionstüchtigen Verfahren beginnen, als um jeden Preis einen politisch gesetzten Termin einhalten und damit baden gehen.



Wettbewerb

Alles in Berlin hat einen Namen: der Telespargel, der lange Lulatsch, der Wasserklops und auch Knut, nur das EOSS-Bärchen ist noch namenlos. Das wollen wir ändern. Senden Sie uns Ihre Namensvorschläge. Unter den EinsenderInnen verlieren wir eine ver.di-Thermoskanne, denn bis EOSS läuft, heißt es abwarten und Tee trinken, einen ver.di-Schirm, falls das EOSS-Gewitter zu heftig wird und eine ver.di-Uhr, die hin und wieder auch fünf vor zwölf anzeigt. Die besten **Namensvorschläge für das EOSS-Bärchen** veröffentlichen wir natürlich in der nächsten vau, auf Wunsch auch anonym! Einsendungen an info@vau-online.de oder an ein Mitglied der Redaktion.

Thilo ante portas



Als Folge der Sanierung oder des Abrisses des Steglitzer Kreisels musste das Finanzamt Steglitz aus dem ehemaligen Rathaus Lankwitz ausziehen. Das Haupthaus wird nun umgebaut, um mehr Beschäftigte aufnehmen zu können. Während der Umbauzeit sind Kolleginnen und Kollegen in Containern (siehe Foto) untergebracht. Die Bewertungs-, die Hunde- und die Lohnsteuer-Arbeitgeberstelle sind in das Finanzamt Zehlendorf gezogen, die BP, die BNV und die Rechtsbehelfsstelle in die Außenstelle Sarrazinstraße des Finanzamts Schöneberg. Diese Maßnahmen stellen eine schwere Belastung für die Beschäftigten dar. Wir erwarten, dass die Bauarbeiten zügig durchgeführt werden und dass die Dreiteilung des Amtes nicht zu einem Dauerzustand wird.

Ausschnitt aus dem Entwurf einer SenFin-Rundverfügung, der uns anonym zugesandt wurde. Wir wollen den Inhalt nicht weiter kommentieren und wissen nicht, ob dieses Papier echt ist. Es ist allerdings erschütternd, dass wir Zweifel haben, ob es wirklich gefälscht ist ...

„... hat Finanzsenator Dr. Thilo Sarrazin angekündigt, in diesem Jahr noch mehrere Finanzämter besichtigen zu wollen. Seitens der Leitungsebenen der Senatsverwaltung für Finanzen ist regelmäßig der Vollzug aller Anordnungen und die gute Ausstattung aller Ämter in räumlicher und personeller Hinsicht gemeldet worden. Es ist daher durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass die Inaugenscheinnahme des Herrn Senators die Berichtslage der Senatsverwaltung widerspiegelt. Aus diesem Grund ist der Haushaltstitel TS007 gebildet worden, aus welchem für jedes zu besichtigende Amt bis zu 3 000 Euro für unabwendbare Renovierungsarbeiten eingestellt wurden.

Folgende Vorleistungen sind durch die Ämter zu erbringen:

- 1) Festlegen der Laufroute des Herrn Senators im Amtsgebäude. Überprüfung aller auf dem Wege liegenden Türen auf Leichtgängigkeit, aller Lichtleisten auf ordnungsgemäßen Zustand, ggf. Herbeiführung desselben durch geeignete Maßnahmen.
- 2) In den für die Besichtigung vorgesehenen Büroräumen sind die Fenster zu putzen. Die Räume sollen grundgereinigt werden.
- 3) Das Vorfinden von Kühlschränken und Kaffeemaschinen in den Büros ist auszuschließen.
- 4) Ein Abweichen von der festgelegten Route ist unter allen Umständen zu vermeiden, weil die Renovierungsmittel eine umfassendere Renovierung der Ämter nicht möglich machen. Notfalls muss die Besichtigung durch gezieltes Auslösen des Feueralarms zu einem vorzeitigen Ende gebracht werden.
- 5) Es ist sicherzustellen, dass der Herr Senator auf loyales Personal trifft. Dies bedeutet, dass der Kontakt mit ver.di- oder Personalratsmitgliedern zu unterbinden ist.
- 6) Claqueure sind nicht bereit zu halten; dies könnte als ironische Beifallsbekundung ausgelegt werden.
- 7) Alle Kolleginnen und Kollegen, die in unmittelbarem Kontakt mit dem Herrn Senator kommen

könnten, sind auf ihre Verschwiegenheit bezüglich der Maßnahmen zu 1) bis 4) zu verpflichten. Dieses Zusatzgelübde kann frei formuliert werden, ist aber unbedingt aktenkundig zu machen (Unterschriftsleistung!). Es ist darauf hinzuweisen, dass ein Verstoß gegen das Verschwiegenheitsgelübde eine Dienstpflichtverletzung darstellt, die disziplinarrechtlich geahndet werden kann und wird.

- 8) Diese Rundverfügung ist auf keinen Fall zu veröffentlichen! ...“

Herr Sarrazin hat am 21.2.2007 das Finanzamt Schöneberg nach Abschluss der Umbaumaßnahmen in der Infozentrale besucht. Drei Monate zuvor wurde das Finanzamt von Abgesandten der Senatsverwaltung besichtigt. Kurz vor dem Besuch wurden die Fassade des Finanzamts im Sockelbereich von Graffiti befreit, der Gehsteig vor dem Dienstgebäude einer Nassreinigung unterzogen sowie im Eingang eine Fußmatte ausgelegt ...

vau

Impressum

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirksverwaltung Berlin, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin
 Verantwortlich für den Inhalt: Susanne Senica, susanne.senica@verdi.de
 Redaktion: Klaus-Dieter Gössel, Jörg Bewersdorf, Daniela Ortman
 Layout: Manfred Schultz
 Herstellung: tableau GmbH
 www.verdi.de
 www.verdi.de/berlin/fachbereiche/fb_06
 www.bb-verdi.de
 www.seitenweise-verdi.de
 www.vau-online.de
 Leserbrief an: info@vau-online.de

